



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

ND und MAZ berichten über Einjahresbilanz des Bündnisses für Wohnen Brandenburg

29.01.2018 Fachinformation

In seiner Ausgabe vom 29. Januar 2018 berichtet das "Neue Deutschland" über die Zwischenbilanz des Bündnisses für Wohnen, das am 26. Januar in Potsdam sein einjähriges Bestehen beging. Bauministerin Kathrin Schneider sagte, dass es mit dem Bündnis gelungen sei, "den Neubau von Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindungen wieder anzuschieben". BBU-Vorstand Maren Kern forderte die Reduzierung der Grunderwerbssteuer, die in Brandenburg vor zehn Jahren auf 6,5 Prozent der Kaufsumme erhöht worden sei. Zudem solle der Bündnis-Arbeitskreis »Baukostensenkung« zügig Ergebnisse vorlegen, der Anteil der Zuschüsse gegenüber dem Darlehnsanteil soll messbar zu erhöhen und nicht nur auf den angespannten Wohnungsmarkt im "Speckgürtel" begrenzt werden.

Das "Bündnis für Wohnen" wurde im Frühjahr 2017 begründet. Darin arbeiten Wohnungsunternehmen, Mieterbund, Architektenverband und Städte- und Gemeindebund zusammen.

Auch die Märkische Oderzeitung berichtete in ihrer Printausgabe vom 27. Januar 2018 über das Bündnis.

<https://bbu.de/beitraege/nd-und-maz-berichten-ueber-einjahresbilanz-des-buendnisses-fuer-wohnen-brandenburg>